

Dr. Dieter Schiffmann

Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz

Begrüßungsrede zum 26. Hambacher Disput am 29.9.2007

**„Was hält die Gesellschaft zusammen? Freiheit und/oder
Solidarität“**

Anrede

ich freue mich, dass sie heute Morgen in so großer Zahl der Einladung der Landeszentrale für politische Bildung zum 26. Hambacher Disput gefolgt sind.

Für viele von ihnen ist es in diesem Jubiläumsjahr nicht der erste Besuch und nicht die erste Veranstaltung auf dem Schlossberg. In ganz unterschiedlicher Weise haben das Land Rheinland-Pfalz und seine Bürgerinnen und Bürger, Parteien, parteinahe und parteiferne Stiftungen, Vereine und Verbände des 175. Jahrestages des Hambacher Festes gedacht bzw. diesen Jahrestag zum Anlass zur mal eher kreativen, mal eher intellektuellen Auseinandersetzung mit dem Auftrag und dem Erbe von Hambach genommen.

Wir haben zusammen mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Deutschen Journalistenverband im Juni bereits mit einem zweitägigen Kongress zur Pressefreiheit eine der zentralen Forderungen des Hambacher Festes auf den Prüfstand gestellt. Und vor drei Wochen haben hier an dieser Stelle elf Städte zusammen mit der Landeszentrale Baden-Württemberg und uns in einem Zukunftskongress die „Straße der Demokratie“ aus der Taufe gehoben, die von Frankfurt über Mainz nach Hambach und von dort über Karlsruhe bis nach Lörrach reicht.

Fast könnte man sagen, dass wir mit unserem 26. Hambacher Disput den Abgesang auf ein sehr erfolgreiches und interessantes Jubiläumsjahr machen, weil das Schloss ja in wenigen Tagen für den zweiten Umbau- und Modernisierungsabschnitt geschlossen werden wird.

Ich kann ihnen aber jetzt schon versprechen, dass wir beim nächsten Aufschlag, wenn das Schloss Mitte November 2008 seine Pforten wieder öffnet, mit bei den ersten sein werden, die in diesem dann in neuem Glanz und mit neuer Decke strahlenden Raum eine Veranstaltung durchführen. Notieren sie sich bitte deshalb schon einmal den 22. November 2008 für den 27. Hambacher Disput vor.

Anrede

„Was hält die Gesellschaft zusammen?“ Diese Frage wird uns heute hier beschäftigen. Genauso wenig wie die im Untertitel angesprochenen Stichworte zur möglichen Antwort, nämlich „Freiheit und Solidarität“ und „Freiheit oder Solidarität“, ist sie ganz neu.

Hambach war ein Ergebnis einer tiefen wirtschaftlichen und sozialen Krise, die zu einem Vertrauensverlust des monarchisch-konstitutionellen Systems bei nahezu allen Schichten geführt hatte. Die Kluft aber zwischen dem unter der Freiheitslosung aufbegehrenden und politische Teilhabe fordernden Bürgertum und den ländlichen und städtischen Unterschichten, für die die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und Existenzsicherung im Vordergrund stand, war eine der wesentlichen Ursachen für das Scheitern der Hambacher Bewegung und der Revolution von 1848/49.

Viele Analytiker sehen in der Revolution von 1918/19 weniger eine klassische Revolution als vielmehr die Implosion eines politisch-gesellschaftlichen Systems, das im Verlauf des Krieges die Zustimmung und das Vertrauen der es über Jahrzehnte tragenden gesellschaftlichen Schichten verspielt hatte. Die Herrschaft der militärisch-bürokratisch-aristokratischen Elite wurde von der Masse der Bevölkerung nicht mehr als legitimiert angesehen. Es gab nichts mehr, was diese Gesellschaft wirklich noch zusammenhielt.

Anrede

Die Weimarer Republik als sich als schrittweise entwickelnde sozialstaatliche Demokratie litt nicht nur unter dem Trauma von Krieg und Niederlage, sondern auch darunter, dass weite Kreise der Bevölkerung auch den sozialen Heilsversprechungen autoritärer oder totalitärer Staats- und Gesellschaftsvorstellungen von links und rechts anhängen. Den durch die Hyperinflation und die Massenarbeitslosigkeit der Weltwirtschaftskrise nicht nur von gesellschaftlichem Abstieg und Ausgrenzung sondern elementar in ihrer Existenz bedrohten Schichten, vor allem das demoralisierte Bürgertum, bot das nationalsozialistische Versprechen einer vermeintlichen, die Klassengegensätze überwindenden, durch die Gemeinschaft des Blutes und der Rasse zusammengehaltenen „Volksgemeinschaft“ eine , wie sich an den Wahlergebnissen ablesen lässt, attraktive Alternative zur freiheitlichen Demokratie.

Der innere Zusammenhalt in - wie der Historiker Götz Aly formuliert hat – „Hitlers Volksstaat“ war allerdings dann nur durch Terror, Ausgrenzung und Vernichtung von Minderheiten und Krieg auf der einen und durch soziale Gemeinschaftsinszenierungen und durch materielle Korruption auf der anderen Seite möglich.

Es ist unumstritten, dass dann ein wesentlicher Teil des Erfolgs der Demokratie im westlichen Teil Deutschlands nach 1945 darauf zurückzuführen war, dass die Bonner Republik in der Phase des Wiederaufbaus und der Konsolidierung mit der sozialen Marktwirtschaft das Versprechen von wachsendem Wohlstand, sozialer Sicherheit, Aufstiegsmöglichkeiten und einem höheren Maß an Chancengerechtigkeit für weiteste Schichten erfahrbar einlösen konnte. Das sicherte der politischen und gesellschaftlichen Ordnung in den Zeiten des Systemkonflikts zwischen freiheitlicher westlicher Demokratie und kommunistischer Diktatur erster eine ungeheuere Zustimmung in der Bevölkerung.

Die Verschärfung der erstmals in den 1970er Jahren auftauchenden wirtschaftlichen Krisenphänomene, der dauerhafte Übergang von der Vollbeschäftigung zur strukturellen Massenarbeitslosigkeit im Gefolge der deutschen Wiedervereinigung und der weltgeschichtlichen Veränderungen 1989/1990 mit der Entstehung eines globalisierten Wirtschafts- und Konkurrenzsystems hat unserem demokratischen System bei vielen Bürgerinnen und Bürgern viel von dieser auf seinem Sicherheitsversprechen fußenden Legitimität genommen. Nicht nur die unteren sozialen Schichten erfahren die Ausweitung und Verschärfung prekärer Arbeits- und

Lebenssituationen und bei den Mittelschichten machen sich verstärkt Abstiegsängste und –erfahrungen breit.

Anrede

Natürlich kann man fragen, ob das nicht alles Entwicklungen sind, die notwendige Begleitumstände beim Übergang von der alten, national- und sozialstaatlich organisierten Industriegesellschaft hin zur Wissenschaftsgesellschaft in einer global agierenden Konkurrenz-Marktwirtschaft sind. Und damit die Frage stellen, ob die Vorstellung von der Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Zusammenhalts als Voraussetzung einer auf bürgerschaftliche Teilhabe ausgerichteten Demokratie nicht sehr antiquiert ist. Ja, ob nicht vielleicht ungewollt eine demokratische Variante der „Volksgemeinschaftsideologie“ steckt.

Da bei uns ja noch keine Vorstädte mit hohem Anteil von Migranten und Prekariat brennen, muss uns vielleicht dieses Problem der Franzosen aus dem letzten Jahr (noch) nicht berühren? Oder müssen wir nicht rechtzeitig die Bilder der brennenden Autos in La Courneuve und den Banlieus von Straßburg als ein gesellschaftliches Menetekel auch für die deutsche Gesellschaft und Politik begreifen?

Gefährliche Anzeichen für eine immer tiefer gehende Spaltung der Gesellschaft und die Lockerung von Loyalitätsbindungen gibt es ja bereits. Um nur einige wenige zu nennen:

- Immer noch nahezu 3,54 Millionen Arbeitslose im September 2007,
- knapp 7 Millionen Hartz-IV-Bezieher in Bedarfsgemeinschaften,
- 2,6 Millionen Kinder, die in „Armut“ leben
- 5 Millionen „geringfügig entlohnt Beschäftigte“
- Eine immer weiter auseinander gehende Schere zwischen Arm und Reich

Erst allmählich werden die realgesellschaftlichen Auswirkungen dieser drohenden der Verkehrung von Ludwig Ehrhards Losung „Wohlstand für alle“ in „Wohlstand nur noch für wenige“ und die damit einhergehende Ausgrenzung von Millionen Menschen erkennbar, die Auswirkungen auf das Bewusstsein sind schon viel weiter gediehen.

Die Auswirkungen auf die „tragende Säule“ der gesellschaftlichen Mitte wird wird Professor Hradil nachher eingehend analysieren.

Die jüngst veröffentlichte Studie für die Zeitschrift GEO zeigt, dass diese Entwicklungen die Deutschen in ihrem Gerechtigkeitsbewusstsein tief getroffen haben. 82 Prozent sind der Ansicht, dass Einkommen und Vermögen in Deutschland „ungerecht“ verteilt sind. Das Vertrauen, dass es Chancengerechtigkeit gibt, die letztlich Können und Fleiß belohnt, ist dramatisch gesunken. Nur 40 Prozent sind der Ansicht, dass unser Schulsystem fair sei. Eine Einschätzung, die sie mit den PISA-Studien und der jüngsten Bildungsstudie der OECD teilen. 60 Prozent im Westen und sogar 70 Prozent im Osten sind der Ansicht, dass es die Politiker nicht kümmert, was den Bürger bewegt.

Stimmt dieser Eindruck: Oder ist es nur die Erkenntnis aus dem Bundestagswahlkampf 2005, dass mit einem neoliberalen Programm umfassender Deregulierung und umfassender individueller Freiheit und Eigenverantwortung und eines Rückbaues sozialstaatlicher Leistungen gegenwärtig Wahlen in Deutschland nicht gewonnen werden können, die plötzlich - wie manche Journalisten schreiben - zu einer Linksverschiebung, ja einer „Sozialdemokratisierung“ der politischen Landschaft geführt hat?,

Trotz dieses mangelnden Vertrauens in die Politikerinnen und Politiker erwarten aber immer noch vier von fünf Deutschen, dass der Staat für mehr Arbeitsplätze und dafür zuständig ist, dass es wieder gerechter zugeht. „Deutsche wollen immer noch den starken Staat“ titelte deswegen die Tageszeitung „Die Welt“ ihren Bericht.

Was der Nationalstaat in Zeiten der Globalisierung wirklich leisten kann und soll, werden wir deshalb nachher in der Podiumsrunde erörtern und im Referat von Professor Merkel hören und diskutieren.

Anrede

Die Probleme von Verunsicherung und nachlassender gesellschaftlicher Integration müssen auf jeden Fall eine Herausforderung für die politische Bildung sein. Weil, wie es der Politikwissenschaftler Joachim Detjen vor kurzem in einer Untersuchung über „Politische Bildung für bildungsferne Milieus“ formuliert hat „die politische Stabilität eines Landes gefährdet wird, wenn einem erheblichen Teil seiner Bürgerinnen und Bürger der Staat fremd bleibt und Apathie sowie antidemokratisches Ressentiments verbreitet sind.“

Gesellschaften können nicht nur in Revolutionen explodieren, sie können auch in sich zusammenfallen, implodieren, wenn es statt eines gewissen Zusammenhalts ein immer größer werdendes Vakuum gibt. In dieses Vakuum können dann wie die Geschichte lehrt, autoritäre oder gar totalitäre Kräfte hineinstoßen. Versuche dazu können wir z. B. tagtäglich in der Praxis der NPD beobachten.

Gesellschaften können aber auch in ihre Bestandteile zerfallen. Eine demokratische politische Ordnung kann nicht ohne einen sie tragenden gesellschaftlichen Unterbau funktionieren. Die Krise ist da, wenn der Souverän, das Volk, ohne verbindende Elemente nur eine Ansammlung sich bedingungslos oder dann auch gnadenlos bekämpfender Gruppen oder Individuen ist, die sich nicht mehr an die einst vereinbarten Spielregeln halten.

Eine Erkenntnis, die sich zusehends ausbreitet. Denn wenige Tage nach dem Versand der Einladungen zu unserem Hambacher Disput erhielt ich die Einladung zu einer in zwei Wochen stattfindenden dreitägigen Tagung in der renommierten Akademie Tutzing zu der Frage „Was hält Gesellschaften Zusammen? Ein Internationaler Vergleich“. Die parallele Wahl dieser Frage als Leitmotiv für das 50-jährige Jubiläumsjahr der Tutzinger Akademie zeigt aber meines Erachtens die hohe Brisanz und die Notwendigkeit, die Fundamente des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland stärker in den Brennpunkt der öffentlichen Debatte bei uns zu rücken.

Unterstrichen wird das, wenn auch mit anderem Ansatz, durch einen Sammelband der Bertelsmann-Stiftung aus dem letzten Jahr, der ebenfalls der Frage nachgeht „Was die Gesellschaft zusammenhält“. Ein Band, der dann gleich in der Überschrift die durchaus diskussionswürdige eindeutige Antwort gibt: „Werte“. Ein Themenkreis übrigens, dem wir in im letzten und in diesem Jahr in einer neunteiligen Vortrags- und Diskussionsreihe zu Werten und Wertewandel nachgegangen sind.

Anrede

Das Wissen um dieses Problem ist aber auch nicht ganz neu.

Bereits vor zehn Jahren ist der bekannte Bielefelder Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer im ersten seiner beiden Bände über „Die Bundesrepublik auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft“ der Frage „Was treibt die Gesellschaft auseinander?“ nachgegangen. Im zweiten Band der Untersuchung suchte er Antworten auf die Frage, die uns heute beschäftigt: „Was hält die Gesellschaft zusammen?“. Er ging dabei von der Grundannahme aus, dass das Zusammenwirken von wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Integration zu den Kernelementen und großen Visionen der Moderne gehört. Konkret, dass Menschen auf der Basis von sozialer Sicherheit mehr Freiheit gewinnen, die von einer freiheitlichen Rechtsordnung abgesichert wird, damit sie das Leben in die eigene Hand nehmen können.

Vor dem Hintergrund vieler in ihrer Richtung nicht recht einzuordnenden krisenhafter Entwicklungen in der Wirtschaft und in den Systemen sozialer Sicherung und einem zunehmenden Kompetenzverlust von Politik im nationalen Rahmen stellt er in der Wahrnehmung und im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger zunehmende Verstörung fest. Überdies sieht er einen deutlichen Bedeutungsverlust von grundlegenden Prinzipien einer integrationsfähigen Gesellschaft wie z.B. Fairness, Solidarität und Gerechtigkeit. Diese individuellen und kollektiven „Verstörungen“ haben ganz unmittelbare Auswirkungen auf das Zusammenleben. Für Heitmeyer konkret sind sie wesentlich Ursache für zunehmende „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ und rechtsextreme Einstellungen.

Anrede

Wir werden heute nicht auf alle diese Fragen Antworten erhalten, aber – so hoffe ich – viele Anregungen diese notwendige Debatte auf möglichst vielen Ebenen weiterzuführen. Sie sind jeweils auch im Anschluss an die beiden Referate und an die Podiumsdiskussion eingeladen, sich aber schon hier und heute mit ihren Fragen und Beiträgen einzubringen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich, das Wort weitergeben zu können an Frau Ministerin Doris Ahnen, die als Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur es mit politischen Themenfeldern zu tun hat, die auch viel mit den eben skizzierten Problemen und Fragen zu tun haben.